



Für eine klare Priorität in der deutschen Verteidigungspolitik

Kersten Lahl

Januar 2015

Zusammenfassung

Die sicherheitspolitische Ausgangslage für Deutschland und Europa hat sich im vergangenen Jahr grundlegend geändert. Die Ereignisse im arabischen Raum und in der Ukraine eröffnen eine neue Risikodimension, die zu einem Überdenken unserer Sicherheitsvorsorge und speziell auch unserer verteidigungspolitischen Richtlinien zwingt. Die Folgerungen für die künftige Ausrichtung der deutschen Streitkräfte sind dabei differenziert zu ziehen. Die höchste Priorität im militär-strategischen Bereich ist eindeutig auf einen glaubwürdigen, solidari-schen und gesicherten Beitrag zur Bündnisverteidigung zu legen. Alles andere ist im Zweifel nachrangig.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltum-spannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



ANALYSE

Das Jahr 2014 ist beendet. Es hat Europa und damit auch Deutschland eine wesentliche Änderung der sicherheitspolitischen Lage beschert und wirkt daher wohl noch lange nach. Da stellt sich unweigerlich die Frage nach erforderlichen Konsequenzen auch und gerade in der Verteidigungspolitik. Ein „Weiter so“ im Sinne der normalerweise so beneidenswerten Kölner Lebensphilosophie „Et hätt noch emmer joot jejang“ scheidet wohl eher aus.

Zwei Krisenregionen – beide am Rande Europas beziehungsweise in seiner unmittelbaren Nachbarschaft – halten uns nicht nur in Atem, sondern machen uns weitgehend ratlos und hilflos: Zum einen der arabische Raum mit seinen so dramatischen wie komplizierten Turbulenzen, insbesondere dem unvorstellbar brutalen Vormarsch der extremen Islamisten. Und zum anderen die nicht minder erschreckenden Ereignisse in der Ukraine, dies im Gefolge einer offenbar auf Aggression und Konfrontation setzenden russischen Außenpolitik.

Beide Krisenherde besitzen hohe und langfristig wirksame sicherheitspolitische Relevanz auch für Deutschland. Und beide haben uns in einer Weise überrascht, die zu denken gibt. Man kann durchaus von einem Weckruf sprechen, und man darf zugleich anfügen: Wer glaubt, wir selbst könnten uns mit einer bequemen Zuschauerrolle im Schutze einer regionalen Nische begnügen, der irrt gewaltig.

Allerdings muss man nach einer eingehenden Analyse auch feststellen: Beide Krisenherde führen zu sehr unterschiedlichen verteidigungspolitischen Folgerungen. Das wiederum erstaunt nicht. Denn erfolgreiche (vernetzte!) Sicherheitspolitik braucht immer einen Mix aus mehreren geeigneten Instrumenten, die – und das ist nun entscheidend – nie nach einem starren Patentrezept, sondern stets situationsgerecht einzusetzen sind. Die entscheidende Frage ist daher, was uns die genannten Konflikte in Bezug auf unsere zukünftig erforderliche sicherheitspolitische Ausrichtung sagen.

Im Falle der arabischen Bürgerkriege und des islamistischen Extremismus spielt ein umfangreiches militärisches Engagement Deutschlands eine untergeordnete Rolle, wenn überhaupt. Daran ändern auch einzelne, öffentlichkeitswirksame Maßnahmen wie etwa die angestrebte Mission zur Ausbildung der irakischen Kurden wenig. Und auch die Gefahr, dass das Nato-Bündnis an seinen Grenzen (z.B. der Türkei) mit durchschlagender militärischer Gewalt von außen angegriffen wird, ist vergleichsweise gering. Zwar ist auch dort ein Bündnisfall i.S. des Artikel 5 Nato-Vertrag keineswegs ausgeschlossen, würde aber aus Gründen des militärischen Kräfteverhältnisses nur vergleichsweise kleine Teile der deutschen Streitkräfte betreffen. Im Großen und Ganzen zeigt der Blick auf den arabischen Raum vielmehr: Wenn wir überhaupt etwas Nennenswertes zur Konfliktlösung in dieser Region leisten können, dann betrifft das eher diplomatische, entwicklungspolitische, wirtschaftliche Instrumente.

Das Letztere gilt nun auch für den Krisenherd Ukraine. Auch dort scheidet jedes aktive militärische Engagement für uns von vorneherein aus, dies aus guten Gründen. Aber es gibt hier einen gewaltigen Unterschied: Das Risiko einer politischen Entwicklung, die für uns und unsere Bündnispartner eine wirklich existenzielle Bedeutung erfährt, ist ungleich höher einzuschätzen als anderswo. Niemand kann garantieren, dass die Lage in Osteuropa nicht weiter eskaliert. Niemand kann behaupten, sie unter Kontrolle zu behalten. Und niemand weiß, welche Agenda Russland in absehbarer Zukunft verfolgt. Immerhin handelt es sich um eine militärische Großmacht mit nicht nur geostrategischen Vorteilen, sondern auch einem beachtlichem Nuklearpotenzial.



Was bedeutet das für die Nato, was für die Bundeswehr? Die Antwort liegt auf der Hand: Wir müssen neben dem diplomatischen Ziel eines einvernehmlichen Auskommens mit Russland vor allem auch unsere solidarische Verteidigungsvorsorge im Bündnisrahmen stärken – wobei ein der militärstrategischen Tradition verhaftetes „worst-case“-Denken nicht abwegig ist. Oder anders ausgedrückt: Wir müssen die nun wieder sichtbaren oder neu entstandenen Risiken durch eine konsequente Nachsteuerung – oder besser: Steigerung – unserer Fähigkeiten zum glaubwürdigen Schutz unserer Partner in der Allianz mindern. Und zwar nicht aktionistisch, sondern auf der Grundlage einer sorgfältigen Analyse der künftigen Möglichkeiten und des zu erwartenden Willens eines denkbaren Gegners.

Das ist (noch) nicht eine resignative Rückkehr zum Kalten Krieg, wohl aber eine Rückbesinnung auf damals durchaus erfolgreiche Grundsätze. Und: Jedenfalls handelt es sich hier um eine Aufgabe, welche aufgrund ihrer Größe und ihres Gewichts die Bundeswehr als Ganzes betrifft.

Bei der schwierigen Umsetzung liegt eine bittere Erkenntnis auf der Hand: Die Mittel sind zu knapp, und das nicht nur, aber vor allem auch in Deutschland. Die Auswirkungen der Friedensdividende nach dem Ende Ost-West-Konflikts einerseits und der fehlenden Anschubfinanzierungen bei den seitherigen Umbauten der Armee machen sich immer deutlicher bemerkbar. Eine durchgreifende Erhöhung des Verteidigungsbudgets wäre daher mehr als wünschenswert, ist aber eher nicht zu erwarten. In dieser misslichen Lage bleibt nur ein Ausweg: Wir dürfen unsere kostbaren Kräfte nicht verzetteln, dürfen den politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit nicht den „Alleskönner“ vorgaukeln, sondern brauchen einen klaren Schwerpunkt – was freilich umgekehrt bedeutet, auch bewusst Lücken in Kauf zu nehmen.

Dieser Schwerpunkt kann nur auf der Landes- und Bündnisverteidigung liegen (beides darf man nicht trennen – wer könnte das aus eigener Erfahrung besser beurteilen als wir Deutschen?). Und als Konsequenz bleibt keine Wahl: Mögliche Abstriche sind dann notfalls bei den Szenarien vorzunehmen, die bisher als „am wahrscheinlichsten“ und deshalb strukturbestimmend für die Bundeswehr galten, also bei den diversen Einsätzen zur Stabilisierung zerfallender Staaten im internationalen Krisenmanagement. Wie bisher ist das Letztere ohnehin das primäre Terrain für nicht-militärische Mittel der Sicherheitspolitik. Das heißt also ganz nüchtern: Was wir militärisch nicht leisten können, bedarf eben umso höherer Anstrengungen im nicht-militärischen Bereich – oder, falls auch das nicht erfolgversprechend erscheint, einer entsprechenden Bescheidenheit im außenpolitischen Anspruch Deutschlands. Ehrliche Realitätsnähe ist meist wirkungsvoller als Wunschdenken.

Im Klartext sind jetzt drei Schritte vordringlich:

- Erstens eine harte Analyse, was für den deutschen Beitrag zu einer erfolgreichen Bündnisverteidigung unter den geänderten Rahmenbedingungen erforderlich ist.
- Zweitens eine nüchterne Bestandsaufnahme, was wir heute nach Zeit, Raum und Kräften zu leisten imstande sind. Das betrifft vor allem die Bereiche Ausrüstung, Logistik, Ausbildung, Struktur und auch Reservistenkonzeption.
- Und drittens – für den zu erwartenden Fall eines festgestellten Defizits – muss konsequent nach- oder gar umgesteuert werden. Dass dies nicht von heute auf morgen abschließend geschehen kann, darf nicht als Ausrede für Gestaltungsarmut gelten.



Im Ergebnis kann es nur eine Aufgabe der Bundeswehr geben, die wirklich „strukturelevant“ ist und damit im Zweifel alles andere verdrängt: Die Landes- und Bündnisverteidigung unter den neuen geostrategischen Bedingungen. Hier und nirgendwo anders muss die höchste und allein maßgebliche Priorität bei der Ausrichtung der Bundeswehr liegen. Was auch immer das bedeutet. An der unbequemen Erkenntnis führt jedenfalls kein Weg vorbei: Europa ist keineswegs mehr allein von Freunden umzingelt.

Es wird also Zeit für eine Neujustierung der verteidigungspolitischen Richtlinien mit klarer Schwerpunktsetzung. Ein neues Weißbuch ist dafür ein richtiger, wenngleich bescheidener Ansatz. In Wirklichkeit brauchen wir auf deutscher wie auch auf europäischer Ebene endlich ein übergreifendes sicherheitspolitisches Konzept, das die einzelnen militärischen und nicht-militärischen Ziele und Instrumente sinnvoll und mit weitem Blick nach vorn aufeinander abstimmt. Was spricht eigentlich dagegen?

***Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder*

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Kersten Lahl war von 2008 bis 2011 Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS). Seither arbeitet er unter anderem ehrenamtlich als Vizepräsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP), als Leiter des Forums München der Deutschen Atlantischen Gesellschaft und als Vorsitzender des Freundeskreises der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS).



Kersten Lahl